



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Dr. Dieter Porschen
Hauptgeschäftsführer

IHK Mittlerer Niederrhein | Postfach 101062 | 47710 Krefeld

Herrn
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2
41515 Grevenbroich

Ihre Nachricht vom

Ihr Ansprechpartner
Dr. Dieter Porschen
E-Mail
porschen@krefeld.ihk.de
Telefon
(02151) 635-301
Telefax
(02151) 635-330
Datum
31. März 2015

Resolution des Kreistages zur Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss vom 25.03.2015

Wi. 1/4.

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

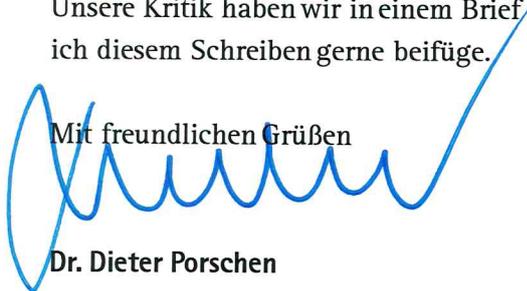
der Kreistag hat am 25.03.2015 eine Resolution zur Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss beschlossen. Die IHK Mittlerer Niederrhein nimmt den Beschluss zustimmend zur Kenntnis und möchte ihre Unterstützung für die vom Kreistag formulierte Kritik am energiepolitischen Kurs der Bundes- und Landesregierung aussprechen.

Die von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel vorgelegten Maßnahmen belasten einseitig vor allem Nordrhein-Westfalen und das Rheinland. Würden die Kraftwerksbetreiber gezwungen, entweder zusätzliche CO₂-Zertifikate zu erwerben oder ihren Betrieb zu drosseln, müssten viele Anlagen – insbesondere Braunkohleblöcke – stillgelegt werden. Auch die stromintensive Industrie ist von den Plänen des Wirtschaftsministeriums betroffen. Die drohende Abschaltung vieler Braunkohleblöcke würde einen Strompreisanstieg nach sich ziehen. Zudem bliebe die Stilllegung nicht ohne Folgen für die Versorgungssicherheit. So würde mittelfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gefährdet, ohne dass der Vorschlag dem Klima nützt. Die Folgen wären eine schleichende Deindustrialisierung und der Verlust von Arbeitsplätzen – auch und insbesondere am Mittleren Niederrhein.

Unsere Kritik haben wir in einem Brief an den Bundeswirtschaftsminister formuliert, den ich diesem Schreiben gerne beifüge.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage


Dr. Dieter Porschen



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

IHK Mittlerer Niederrhein | Postfach 10 10 62 | 47710 Krefeld

Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Herrn Sigmar Gabriel
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Ihre Nachricht vom

Ihr Ansprechpartner
Dr. Dieter Porschen
E-Mail
porschen@krefeld.ihk.de
Telefon
02151 635-301
Telefax
02151 635-330
Datum
24. März 2015

Aktuelles Eckpunktepapier Strommarkt des BMWi

Sehr geehrte Herr Bundesminister Gabriel,

die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen gestaltet die Energiewende konstruktiv und aktiv mit. Sie setzt sich für eine wettbewerbsfähige, sichere und umweltfreundliche Energieversorgung ein. Sie haben nunmehr einen Regelungsvorschlag für einen CO₂-Sonderminderungsbeitrag des Stromsektors im Rahmen des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 vorgelegt, den wir ablehnen.

Die vorgelegten Maßnahmen belasten einseitig gerade Nordrhein-Westfalen und das Rheinland. Zudem gefährden sie die Versorgungssicherheit und haben letztendlich keinen klimaentlastenden Effekt. Deutschland hat einen Anteil von weniger als 2,5 Prozent an den weltweiten CO₂-Emissionen. Das zeigt, dass der Klimaschutz eine weltweite Herausforderung ist, für die adäquate Lösungen gefunden werden müssen. Insellösungen sind problematisch, da sie die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Standorte schwächen und gleichzeitig Treibhausgasemissionen ins Ausland verlagert werden können.

Im Rheinischen Revier sind rund 11.000 MW Kraftwerksleistung von Grevenbroich-Frimmersdorf bis Weisweiler auf Braunkohlebasis installiert. Ihr Betrieb ist aufgrund der derzeitigen Erlössituation – im Gegensatz zu Gas- oder vielen Steinkohlekraftwerken – gerade noch wirtschaftlich. Werden sie aufgrund der Neuregelungen gezwungen, entweder zusätzliche CO₂-Zertifikate zu erwerben oder ihren Betrieb zu drosseln, müssten sie stillgelegt werden.

**IHK**Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Seite 2 zum Schreiben vom 24. März 2015

Dies hätte nicht nur Folgen für die Unternehmen und rund 30.000 direkt und indirekt Beschäftigte in der Energiewirtschaft, sondern vor allem für die stromintensive Industrie in Nordrhein-Westfalen und im Rheinland. Weil Strom durch die geographischen Bedingungen und die Existenz natürlicher Lagerstätten hier immer sicher und preiswert verfügbar war, haben sich zahlreiche stromintensive Unternehmen in NRW angesiedelt. Deshalb hat NRW mit 30 Prozent heute den mit Abstand größten Anteil am deutschen Industriestromverbrauch und dies trägt dazu bei, dass im Jahr 2013 fast drei Mrd. Euro über die EEG-Umlage aus NRW in andere Bundesländer geflossen sind.

Die jetzt drohende Abschaltung vieler Braunkohleblöcke würde einen Strompreisanstieg nach sich ziehen, weil günstige Braunkohlekraftwerke immer seltener preissetzend wären. Zudem würde die Stilllegung nicht ohne Folgen für die Versorgungssicherheit bleiben. Beides stellt für ein Industrieland eine starke Verschlechterung der Standortbedingungen dar. Hierdurch wird mittelfristig die internationale Wettbewerbsfähigkeit vor allem der in NRW und entlang der Rheinschiene stark vertretenen stromintensiven Industrie gefährdet. Es droht eine schleichende Deindustrialisierung. Außerdem hätte der Regelungsvorschlag keine positiven Folgen für das Klima. Da ausländische Stromerzeuger einer solchen Regelung nicht unterliegen und ihnen durch eine Stilllegung deutscher Kraftwerkskapazitäten zusätzliche CO₂-Zertifikate zur Verfügung stehen, käme es lediglich zu einer Emissionsverlagerung ins Ausland.

Nordrhein-Westfalen trägt überproportional zur Sicherung der Energieversorgung und zur Finanzierung der Energiewende bei. Maßnahmen, die sich vor allem in unserem Bundesland negativ auswirken, lehnen wir ab. Wir bitten Sie, von dieser weiteren einseitigen Belastung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen abzusehen!

Wir haben uns erlaubt, dieses Schreiben unseren Abgeordneten und wichtigen Entscheidungsträgern der Region zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen


Heinz Schmidt
Präsident


Dr. Dieter Porschen
Hauptgeschäftsführer